



Zu halber Tat mit halben Mitteln

2002 sollte die Wende für die Unis bringen. 2010 kämpfen sie unvermindert gegen Geldmangel.

Alexandra Riegler

Sieben Jahre nachdem Österreichs Unis in die Selbstständigkeit entlassen wurden, besetzen Studenten das Audimax der Universität Wien. Sie protestieren gegen Bildungsabbau und Zugangsbeschränkungen. 60 Tage nach Beginn der Aktion lässt das Rektorat den Hörsaal räumen, aus Sicherheitsgründen wie es heißt. Erreichtes Ziel: 30 Mio. Euro aus einer Reserve des Wissenschaftsministeriums und eine öffentliche Diskussion, die aufgeheizt, aber den Anliegen der Studenten nicht allzu gewogen scheint.

Studentenansturm

2008 studierten 74.000 Studenten an der Wiener Hauptuni. Heuer sind es 85.000. Hörsäle platzten davor schon aus allen Nähten. Fächer wie Psychologie und Publizistik sind überlaufener denn je. „Es fehlt an der Planbarkeit im Studienbereich“, erklärt Universitätssprecherin Cornelia Blum. Die enorme Zunahme an Inskribierten wird auf den weitgehenden Wegfall der Studiengebühren zurückgeführt.

Finanziell abgegolten, so Blum, würde den Unis der Studentenansturm nicht. Diese fordern seit Langem eine Studienplatzfinanzierung, wie sie bei den Fachhochschulen im Einsatz ist: Die Universitäten würden vom Staat je Student bezahlt. Hans Sünkel, Chef der Österreichischen Rektorenkonferenz, ist zuversichtlich, dass das Wissenschaftsministerium das Thema ernst nimmt. Die nächsten Leistungsvereinbarungsverhandlungen, in deren Rahmen das Ministerium mit den Universitäten dreijährige Globalbudgets ausverhandelt und im Gegenzug einen Anforderungskatalog vorlegt, werden im Jahr 2013 stattfinden. Bei ihnen könnte die Studienplatzfinanzierung zum zentralen Thema werden. Voraussetzung dafür, so Sünkel, sei aller-



„Im Rahmen der Autonomie gibt es Bereiche, die mit Autonomie nichts zu tun haben.“ Rektorenkonferenzchef Hans Sünkel wünscht sich, dass Unis die Höhe der Studiengebühren selbst festlegen. Foto: APA/Robert Schlager

dings eine Kosten-Leistungsrechnung. Und die gibt es an den Unis noch nicht.

Ins Zeug gelegt

Etwas weniger gedrängt geht es an der Technischen Universität (TU) Graz zu. In den letzten sechs Jahren stiegen die Studentenzahlen um jeweils rund fünf Prozent an. Im vergangenen Jahr legten die Raten um mehr als das Doppelte zu. Die Folgen auch hier: Knappheit bei Räumlichkeiten und Infrastruktur. Voraussetzung, um mehr Studenten an die Universität zu holen, könnten „erheblich höhere Studiengebühren sein“, sagt Sünkel, der Rektor der TU Graz ist: „Mehr jedenfalls als 720 Euro. Der Betrag wird im Ausland mitunter als lachhaft bezeichnet.“ Unter anderem in China sei das Interesse an österreichischen Studienplätzen groß: „Viele würden kommen wollen und wären auch bereit, deutlich mehr Geld bezahlen“, erklärt der Rektor.

Innerhalb einer gewissen Bandbreite sollten die Unis selbst bestimmen können, wie viel sie Studenten

in Rechnung stellen. „Im Rahmen der Autonomie gibt es Bereiche, die nichts mit Autonomie zu tun haben. Die Höhe der Studiengebühren gehört dazu“, kritisiert Sünkel. Finanziell stehen die Grazer im österreichischen Vergleich aber gut da. Die Fremdmittelinwerbungen konnten in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt werden. Erfolgsgeheimnis seien neben der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung bis 2008 die motivierten Forscher: „Die Wissenschaftler haben sich gewaltig ins Zeug gelegt“, so der Universitätsleiter.

Kollektivvertrag neu

Jahrelang gerungen wurde um eine Reform im Beschäftigungssystem der Universitäten. Seit Oktober 2009 ist der neue Kollektivvertrag schließlich in Kraft. Eingeführt wurde damit ein Karrieremodell, das dem Tenure-System in den USA ähnelt. Assistenzprofessoren werden nach fünf Jahren einer Leistungsevaluierung unterzogen. Bei positivem Ausgang geht das Arbeitsverhältnis in ein unbe-

fristetes über. Auf diesem Weg soll Jungwissenschaftlern eine gewisse Planbarkeit ihres Karriereweges ermöglicht werden.

Kritik am Uni-KV kommt unter anderem von Rudolf Grimm, Professor für Experimentalphysik an der Universität Innsbruck und Wissenschaftler des Jahres 2009. Weil für die Besetzung einer Laufbahnstelle kein Berufungsverfahren vorgeschrieben sei, könnten Personalentscheidungen je nach Handhabung der einzelnen Universitäten „von einer oder wenigen Personen“ getroffen werden. „Da sind dann viel zu viele Eigeninteressen im Spiel, und es kommt doch wieder zur Abhängigkeit“, zeigt sich Grimm besorgt. Sünkel moniert, dass die zahlreichen neuen Inhalte des Kollektivvertrags, darunter etwa ein Sabbatical, nur schwer zu finanzieren seien, zumal der Bund nur einen Teil der Kosten übernimmt. „Da könnte man fast Grillparzer zitieren“, sagt Sünkel: Österreicher, die „auf halben Wegen und zu halber Tat, mit halben Mitteln zauderhaft“ streben.